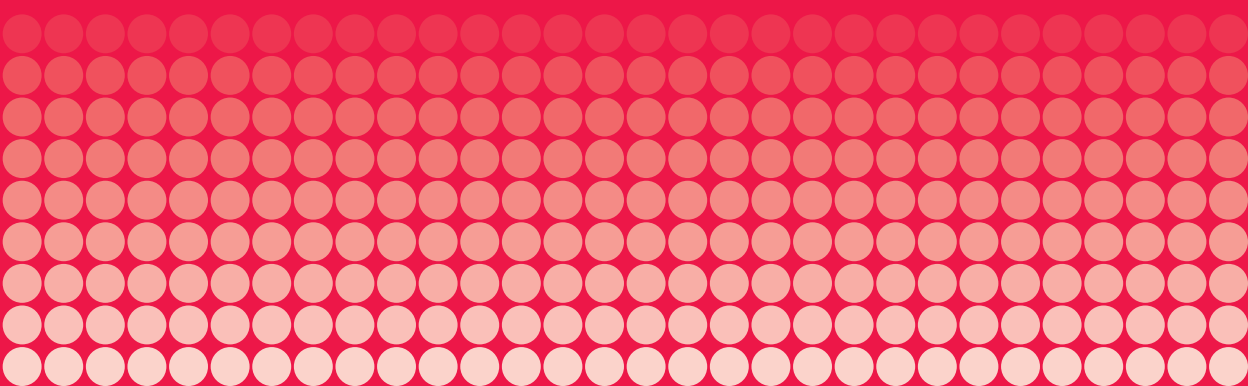


SIPRI YEARBOOK 2011

Armaments,
Disarmament and
International
Security

Kurzfassung auf Deutsch



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Das Internationale Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung von Konflikten, Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 gegründet und stellt auf öffentlich zugänglichen Quellen basierende Daten, Analysen und Empfehlungen für Politik, Wissenschaft, Medien und für die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung.

DER SIPRI VERWALTUNGSRAT

Göran Lennmarker, Vorsitzender (Schweden)
Dr. Dewi Fortuna Anwar (Indonesien)
Dr. Vladimir Baranovsky (Russland)
Botschafter Lakhdar Brahimi (Algerien)
Jayantha Dhanapala (Sri Lanka)
Susan Eisenhower (USA)
Botschafter Wolfgang Ischinger (Deutschland)
Professor Mary Kaldor (Vereinigtes Königreich)
Direktor

DIREKTOR

Dr. Bates Gill (USA)



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Signalistgatan 9
SE-169 70 Solna, Sweden
Telephone: +46 8 655 97 00
Fax: +46 8 655 97 33
Email: sipri@sipri.org
Internet: www.sipri.org

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e.V.

Veröffentlichung gefördert durch die Friedrich-Ebert-Stiftung
Übersetzt ins Deutsche von Bettina Schlüter, ift

DAS SIPRI JAHRBUCH

Das SIPRI Jahrbuch ist 1969 zum ersten Mal erschienen und liegt nun in der 42. Ausgabe vor. Das *SIPRI Yearbook 2011* ist eine Zusammenstellung von Originaldaten aus den Bereichen globale Militärausgaben, internationale Rüstungstransfers, Rüstungsproduktion, Atomstreitkräfte, größere bewaffnete Konflikte und multilaterale Friedenseinsätze sowie von neuesten Analysen wichtiger Aspekte der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit. An der Zusammenstellung des SIPRI-Jahrbuchs beteiligen sich sowohl SIPRI-Forscher als auch eingeladene externe Experten.

Diese Broschüre fasst die Inhalte des *SIPRI Yearbook 2011* zusammen und enthält eine Auswahl an Daten und Informationen aus den verschiedenen Anhängen.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung. Internationale Sicherheit, Rüstung und Abrüstung	2
1. Korruption und Waffenhandel: Amtssünden	3
Teil I. Sicherheit und Konflikte, 2010	
2. Ressourcen und bewaffnete Konflikte	4
3. Friedenseinsätze: der brüchige Konsens	6
Teil II. Militärausgaben und Rüstung, 2010	
4. Militärausgaben	8
5. Rüstungsproduktion	10
6. Internationale Rüstungstransfers	12
7. Atomstreitkräfte weltweit	14
Part III. Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, 2010	
8. Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung	15
9. Verringerung der Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Waffen	16
10. Konventionelle Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung	17
11. Kontrolle des Handels mit Dual-Use Gütern: Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen	18
Anhänge: Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, internationale Sicherheitsorganisationen, Chronologie	20



EINLEITUNG. INTERNATIONALE SICHERHEIT, RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG

BATES GILL

Die Untersuchungen und Ergebnisse des *SIPRI Yearbook 2011* heben drei wichtige sicherheitsrelevante Themen hervor, die in den letzten Jahren im Vordergrund standen: Zunehmender nicht-staatlicher Einfluss; der Aufstieg globaler und regionaler Mächte; und wachsende institutionelle Ineffizienz, Unsicherheit und Schwäche.

Das gesamte System der Sicherheitspolitik – die Institutionen, Abkommen und Verfahren, die Herausforderungen globaler und regionaler Sicherheit, Rüstung und Abrüstung bewältigen sollen – steht unter wachsendem Druck von innen und außen. Vielen Organisationen, die sich für Frieden und Sicherheit einsetzen, fällt es zunehmend schwer, ausreichenden politischen Willen und die benötigten finanziellen Mittel aufzubringen, um ihre Aufgaben zu erfüllen oder um notwendige Steuerungsverfahren einzurichten.

Durch intensivere und zunehmende Informations-, Personen-, Kapital- und Warenströme wird auch die globale Sicherheitslage zunehmend dynamischer, komplexer und transnationaler. Staaten sind zwar weiterhin die dominierenden Akteure im Sicherheitsbereich, doch betont das *SIPRI Yearbook 2011* die wachsende Bedeutung von Nicht-regierungs- und Quasiregierungsakteuren bei der Gestaltung globaler und regionaler Sicherheitsräume. Während nichtstaatliche Akteure mehr zu friedlichen Lösungen beitragen könnten, sind einige bisher für Frieden und Sicherheit

hinderlich. Partnerschaften und andere Formen von Kooperationen mit nicht-staatlichen Akteuren würden einen wichtigen Schritt nach vorne bedeuten – auch wenn diese Schritte schwierig umzusetzen sind.

Mächte, die früher eine Führungsrolle in der Sicherheitspolitik auf globaler und regionaler Ebene inne hatten, sind heute weniger dazu in der Lage und wurden zudem durch die globale Finanzkrise geschwächt. Während Berichterstatter zur internationalen Sicherheitslage häufig auf die fortlaufende Ausdehnung der Rolle und des Einflusses der „neuen Mächte“ auf globaler und regionaler Ebene verweisen, bietet das *SIPRI Yearbook 2011* eine auf Fakten beruhende und analytische Informationsgrundlage für diese Diskussionen und richtet den Blick auf die Auswirkungen. Die globalen und regionalen Sicherheitsinstitutionen müssen die adäquate Einbindung dieser Kräfte beschleunigen. Solche Schritte könnten sowohl eine Ausweitung der ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat bedeuten als auch eine aktivere Rolle für die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) bei sicherheitsrelevanten Themen.

Angesichts dieser Herausforderungen steht der Welt wahrscheinlich eine schwierige Zeit steigender Unsicherheit und Fragilität sowie eine zunehmende Verbreitung von Risiken und Bedrohungen bevor.



1. KORRUPTION UND WAFFENHANDEL: AMTSSÜNDEN

ANDREW FEINSTEIN, PAUL HOLDEN UND BARNABY PACE

Studien gehen davon aus, dass Korruption im Waffenhandel 40 Prozent der gesamten Korruption bei globalen Transaktionen ausmacht. Diese Korruption bringt für die importierenden und exportierenden Länder schwere Lasten mit sich. Gleichzeitig wird die Verantwortlichkeit demokratischer Institutionen untergraben und wertvolle Ressourcen werden von dringlichen sozialen Belangen auf korrupte Ziele umgeleitet.

Eine Reihe systemischer Besonderheiten des Waffenhandels begünstigen Korruption. Hierbei sind zwei besonders wichtig: erstens geschehen viele Transaktionen wegen der engen und beständigen Verbindung mit Angelegenheiten der nationalen Sicherheit abseits von Kontrolle und Verantwortlichkeit. Zweitens ermöglicht die Einstufung als „nationale Sicherheitsangelegenheit“ die Entstehung einer kleinen Clique von Maklern, Händlern und Offiziellen mit entsprechenden Sicherheitsfreigaben. Diese engen Verbindungen verwischen die Grenze zwischen Staat und Industrie.

Das heute als dreist eingestufte Rüstungsgeschäft, das 1999 in Südafrika abgewickelt wurde, liefert zahlreiche Beispiele der oben genannten Typen und Ursachen von Korruption. Während des Auswahlverfahrens wurden eine Reihe sehr fragwürdiger Entscheidungen getroffen, um sicherzustellen, dass bestimmte Lieferanten gewählt werden. Ein Beispiel ist der Kauf des Hawk-

Ausbildungsflugzeuges von British Aerospace (heute BAE Systems).

Nachträgliche Untersuchungen deckten eine Reihe von Zahlungen an Schlüsselpersonen des Entscheidungsprozesses auf. Vor allem die britische Strafverfolgungsbehörde für schwere Betrugsdelikte (SFO) ermittelte, dass 115 Millionen britische Pfund (207 Millionen US-Dollar) „Provisionszahlungen“ von BAE an „öffentliche“ und „geheime“ Berater im Zusammenhang mit dem Vertrag gezahlt wurden.

Politische Aufsichtsgremien – wie parlamentarische und unabhängige Untersuchungsorgane – wurden von der Exekutive ausgeschlossen und eingeschüchtert, um eine ordnungsgemäße Untersuchung des Waffengeschäfts zu verhindern. Dies untergrub Südafrikas instabile, neue demokratische Ordnung. Ohne Korruption hätte die Regierung mindestens geschätzt 30 Prozent weniger für den Auftrag bezahlt und so finanzielle Mittel für andere soziale Leistungen zur Verfügung gehabt.

Um Korruption im Waffenhandel zu bekämpfen, könnten multilaterale Abkommen Bestimmungen beinhalten, die sowohl Korruption verbieten als auch Instrumente zur Durchsetzung vorsehen. Ebenso könnten nationale Regierungen von Reformen wie z.B. eine „Sperrfrist“ zwischen einer Anstellung beim Staat und in der Rüstungsindustrie einführen. Diese Reformen erfordern politischen Willen.



2. RESSOURCEN UND BEWAFFNETE KONFLIKTE

NEIL MELVIN UND RUBEN DE KONING

GRÖßERE BEWAFFNETE KONFLIKTE 2010

Im Jahr 2010 fanden 15 größere bewaffnete Konflikte in 15 Ländern der Welt statt.

	Konfliktregion
<i>Afrika</i>	Ruanda*↓
	Somalia↑
	Sudan↑
	Uganda*↓
<i>Amerika</i>	Kolumbien
	Peru↓
	USA*↓
<i>Asien</i>	Afghanistan↑
	Indien (Kaschmir)
	Myanmar (Karen)↑
	Pakistan*↓
	Philippinen↑
<i>Naher Osten</i>	Irak↓
	Israel (Palästinensische Gebiete)↓
	Türkei („Kurdistan“)*↑

Im Falle von Territorialkonflikten steht das umstrittene Gebiet in Klammern nach dem Ländernamen. In allen anderen Konflikten geht es um die Regierungsmacht.

* Kämpfe in diesen Konflikten fanden auch in anderen Regionen 2010 statt.

↑/↓ Zunahme/Abnahme der Zahl der Todesopfer infolge von Kampfhandlungen gegenüber 2009.

Nur vier der größeren bewaffneten Konflikte im Jahr 2010 waren Territorialkonflikte. In elf Konflikten wurde um die Regierungsmacht gekämpft. Mit Ausnahme von 2007 überwogen in jedem Jahr von 2001 bis 2010 die Konflikte um die Regierungsmacht gegenüber Territorialkonflikten.

Von 2001 bis 2010 waren nur zwei von insgesamt 29 größeren bewaffneten Konflikten zwischenstaatlich.

In den letzten zwei Jahrzehnten entwickelte sich der Zusammenhang zwischen natürlichen Ressourcen und dem Konfliktrisiko wieder zu einem Schlüsselthema für die internationale Sicherheit. Die aktuelle Debatte über die Verbindung zwischen natürlichen Ressourcen und dem Ausbruch, der Dauer und der Beendigung von Konflikten weltweit konzentriert sich auf drei unterschiedliche Perspektiven: ökonomische Gewalttheorien; ökologische Faktoren vor allem in Verbindung mit Klimaveränderungen als Risikomultiplikatoren für Konflikte; sowie Geopolitik und Ressourcen.

Diese Ansätze verdeutlichen die indirekten und direkten Wege, auf denen Ressourcen Konflikte verursachen können. So können z.B. sowohl Ressourcenknappheit als auch Abhängigkeit von Ressourcen im Zusammenspiel mit sozialen und institutionellen Schwächen Grundlagen für Konflikte schaffen. Schlüsselfaktoren hierbei sind informeller oder rechtswidriger Handel sowie gewaltsame kriminelle Gruppen, die natürliche Ressourcen illegal ausbeuten und mit ihnen handeln. Starke nationale Abhängigkeiten von Einnahmen aus natürlichen Ressourcen werden außerdem mit staatlicher Schwäche, sogar staatlichem Versagen in Verbindung gebracht. Sie schaffen Bedingungen, in denen sich bewaffnete Gruppen bilden können.

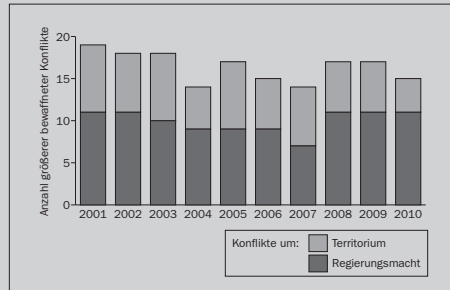
Zudem hat das Wachstum dynamischer und großer Konsumentenmärkte in Asien



– in erster Linie China und Indien – die Priorität des Themas Ressourcen auf der internationalen Sicherheitsagenda erhöht. Rekordwerte bei Nachfrage nach und Preisen von Rohstoffen veranlassten internationale Organisationen, Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft dazu, verschiedene Initiativen zur Verminderung der Wechselwirkung zwischen Ressourcen und Konflikten zu initiieren. Andere Reaktionen beinhalten die Schaffung von Konfliktüberwachung und Frühwarnsystemen sowie Bemühungen, Ressourcenmanagement in Programme zur Friedenskonsolidierung einzubetten.

Es wurden mehrere hochrangige Initiativen errichtet, um den illegalen Handel mit Ressourcen zu regulieren, allen voran der Kimberley Process für „Konfliktdiamanten“. Bestimmungen im nationalen Recht, wie der Dodd-Frank-Act in den Vereinigten Staaten, wurden geschaffen, um den Handel mit „Konfliktressourcen“ zu verhindern. Allerdings haben die Bemühungen, mit den verschiedenen Aspekten natürlicher Ressourcen und ihrer Beziehung zu Konflikten und Sicherheit umzugehen – insbesondere alle Anstrengungen, Handel zu regulieren bei gleichzeitiger Sicherung von Marktzugängen – gezeigt, dass eine komplexe Balance bei solchen Initiativen nötig ist. Dementsprechend sollten effektivere, globale Rahmenkonzepte zur politischen Steuerung bei Ressourcen Teil internationaler Bemühungen sein, um die Verflechtung zwischen Ressourcen und Konflikten zu schwächen und schließlich aufzulösen.

Größere bewaffnete Konflikte nach Konflikttyp 2001 bis 2010



DER GLOBALE FRIEDENSINDEX 2011

Der Globale Friedensindex (GPI) versucht zu ermitteln, welche kulturellen Merkmale und Institutionen mit der Friedensfähigkeit von Staaten verbunden sind.

Rang	Staat	Punkte
1	Island	1,148
2	Neuseeland	1,279
3	Japan	1,287
4	Dänemark	1,289
5	Tschechien	1,320
15	Deutschland	1,416
149	Nordkorea	3,092
150	Afghanistan	3,212
151	Sudan	3,223
152	Irak	3,296
153	Somalia	3,379

Aufgrund der wiederhergestellten politischen Stabilität konnte Island Platz 1 wiedererlangen. Inselstaaten sind im Allgemeinen gut positioniert, meistens in der oberen Hälfte des GPI, ebenso wie kleine, stabile und demokratische Länder.

Diese Daten und Fakten stammen aus dem Anhang 2A, „Patterns of major armed conflicts, 2001–10“, von Lotta Themnér und Peter Wallensteen vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP) und stützten sich auf die UCDP Database, <<http://www.ucdp.uu.se/database/>> und Anhang 2B, „The Global Peace Index 2011“, von Camilla Schippa und Daniel Hyslop vom Institute for Economics and Peace.



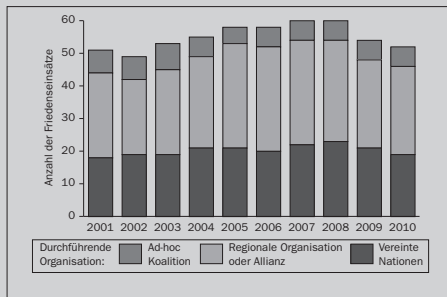
3. FRIEDENSEINSÄTZE: DER BRÜCHIGE KONSENS

THIERRY TARDY

FRIEDENSEINSÄTZE 2010

Im Jahre 2010 wurden insgesamt 52 multilaterale Friedenseinsätze in 33 Gebieten durchgeführt. Zwei Friedenseinsätze wurden 2010 beendet. Somit ist 2010 das zweite Jahr in Folge, in dem die Anzahl von Einsätzen gesunken ist.

Anzahl der Friedenseinsätze 2001–2010



Der Aufwärtstrend bei der Gesamtzahl der in Friedenseinsätzen entsandten Personen nimmt mit einem Anstieg um 20 Prozent zwischen 2009 und 2010 und einer erreichten Gesamtzahl von 262.842 weiter zu. Davon waren 91 Prozent militärisches Personal, 6 Prozent Zivilpolizei und 3 Prozent ziviles Personal.

Die Hauptursache für diesen signifikanten Anstieg war eine Verstärkung der Einsätze der Internationalen Schutztruppe (ISAF) in Afghanistan durch die Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO). Das Truppenpersonal vergrößerte sich von 84.146 (2009) auf 131.730 (2010). Dies entspricht einem Wachstum von 57 Prozent. Die ISAF war dieses Jahr zum fünften Mal in Folge der größte multilaterale Friedenseinsatz. Tatsächlich

Der bisherige breite Konsens über Prinzipien, Zielsetzung und Methoden gegenwärtiger Friedenseinsätze ist brüchiger denn je. Die Kernelemente der UN-Friedenseinsätze werden kontinuierlich überarbeitet, obwohl ein gemeinsames Verständnis der Zielsetzung solcher Einsätze zunehmend fehlt. Friedenseinsätze leiden unter sehr unterschiedlicher Einsatzbereitschaft bei verschiedenen Typen von Staaten, unter Unstimmigkeiten bei Schlüsselfragen von Interventionen und unter normativen Divergenzen zwischen etablierten und neuen staatlichen Akteuren.

Nach einem starken Anstieg der Entsendungen im letzten Jahrzehnt scheinen die UN-Einsätze zu stagnieren und sich nun auf Konsolidierung zu konzentrieren. Dennoch bleibt der Bedarf an Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung hoch, auch wenn die Einsätze seitens der Zielländer zunehmend umstritten sind und durch eine Mischung aus Überlastung und fehlender politischer Unterstützung in ihrer Effizienz herausgefordert werden. Gleichzeitig wird der Konsens, den Friedenseinsätze bisher genossen haben, durch das von Akteuren der Friedenssicherung und -konsolidierung geförderte liberale Modell untergraben. Es geht darum, wie weit die internationale Gemeinschaft mit ihren Bemühungen Frieden zu schaffen und aufrechtzuerhalten gehen kann, ohne die Legitimität der Intervention und die Akzeptanz auf allen Ebenen im Zielland einzubüßen.

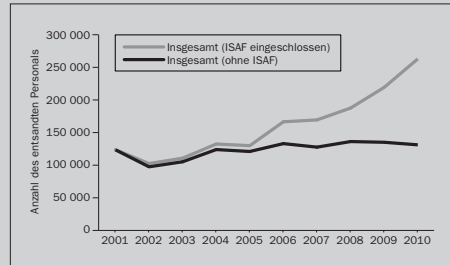


In diesem Zusammenhang wird der Konsens über Friedenseinsätze potentiell durch das steigende Engagement wachsender regionaler Mächte – insbesondere Brasilien, China, Indien und Südafrika – in Frage gestellt. Ihre Beteiligung stellt sowohl einen quantitativen als auch qualitativen Wechsel für Friedenseinsätze dar. Sie kann aber auch eine Gefährdung für die vom Norden dominierte Agenda bedeuten. Aufstrebende Mächte haben einen an den Konzepten von Souveränität, Nichteinmischung und lokaler Eigenverantwortung ausgerichteten Ansatz von Friedenseinsätzen, der die Ausgestaltung der Mandate der Friedenseinsätze prägen könnte.

Falls die bestehenden Normen und Praktiken tatsächlich bereits von den aufstrebenden Mächten herausgefordert wurden, so ist ein Zusammenprall ihrer normativen Prinzipien mit denen der Länder des Nordens bislang nicht sichtbar geworden. Aufstrebende Mächte haben bisher einen hohen Grad an Pragmatismus gezeigt und ihre Politik eher an gegenwärtigen Praktiken ausgerichtet, statt an fundamental anderen Grundsätzen. Es stellt sich die Frage, ob die Länder einen möglichen Konflikt wegen normativer Divergenzen in Kauf nehmen würden, zumal Friedenssicherung eine relativ wenig beachtete Aktivität ist. Dies wiederum führt zu der Frage, welche Rolle aufstrebende Mächte bei der Schaffung eines neuen Konsens über Friedenseinsätze spielen werden.

übertrifft die Anzahl entsandter Truppen der ISAF die des entsandten Personals aller anderen Einsätze zusammen.

Entsandtes Personal in Friedenseinsätzen 2001–2010



Auch im Jahr 2010 führten die Vereinten Nationen die meisten Friedenseinsätze durch. Die Afrikanische Union (AU) war neben der NATO die einzige Organisation, die ihre Personalentsendung signifikant erhöht hat.

Friedenseinsätze nach Organisationen 2010

Durchführende Organisation	Zahl der Einsätze	Gesamtzahl des entsandten Personals
Vereinte Nationen	20	103.404
Afrikanische Union	1	7.999
CEEAC	1	880
EU	12	4.606
GUS	1	1.452
NATO	3	140.354
OAS	1	30
OSZE	7	363
Ad hoc Koalition	6	3.754
Total	52	262.842

Diese Fakten und Daten stammen aus dem Anhang 3A, „Multilateral peace operations, 2010“, von Sigrún Andrésdóttir und stützen sich auf die SIPRI Multilateral Peace Operations Database, <<http://www.sipri.org/databases/pko/>>.



4. MILITÄRAUSGABEN

SAM PERLO-FREEMAN, JULIAN COOPER, OLAWALE ISMAIL, ELISABETH SKÖNS
UND CARINA SOLMIRANO

MILITÄRAUSGABEN 2010

Die weltweiten Militärausgaben stiegen 2010 effektiv um 1,3 Prozent und erreichten 1.630 Milliarden US-Dollar. Die geringere Wachstumsrate im Vergleich zu in den Vorjahren ist teilweise auf verspätete Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zurückzuführen.

Die Militärausgaben stiegen am schnellsten in Südamerika (5,8 Prozent), Afrika (5,2 Prozent) und Ozeanien (4,1 Prozent). In Asien und Ozeanien insgesamt betrug das Wachstum lediglich 1,4 Prozent, eine der niedrigsten Raten der letzten Jahre. In Europa sanken die Militärausgaben um 2,8 Prozent.

Militärausgaben nach Region 2010

Region	Ausgaben (Mrd. \$)
Afrika	30,1
Afrika südlich der Sahara	19,5
Nordafrika	10,6
Amerika	791
Nordamerika	721
Südamerika	63,3
Zentralamerika und Karibik	6,5
Asien und Ozeanien	317
Ostasien	211
Ozeanien	25,7
Südostasien	28,7
Zentral- und Südasien	52,1
Europa	382
West- und Zentraleuropa	316
Osteuropa	65,5
Naher Osten	111
Welt gesamt	1.630

Die Ausgaben sind in US-Dollar zum Tageskurs (2010) angegeben.

Während die USA den weltweiten Anstieg der Militärausgaben seit den letzten Jahrzehnten anführt, folgen viele der aufstrebenden (oder wieder-aufstrebenden) regionalen Mächte wie China, Brasilien, Indien, Russland, Südafrika und die Türkei diesem Trend. Alle diese Länder haben eine rasant wachsende Wirtschaft und spielen eine ökonomische und politische Schlüsselrolle in ihrer jeweiligen Region und teilweise weltweit. Alle sechs Staaten entwickeln sich auch als Militärmächte und führen umfassende militärische Modernisierungsprogramme durch. Abgesehen von der Türkei haben alle ihre Militärausgaben gesteigert, oftmals sehr rasch.

Die Motive für die Modernisierung des Militärs und die dadurch bedingten steigenden Militärausgaben in diesen Ländern variieren. In allen Fällen ist das Wirtschaftswachstum der zentrale Faktor, der dies ermöglicht; jedoch sind seit 2001 in keinem Fall die Militärausgaben schneller gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Wirtschaftswachstum kann außerdem ein direkter Einflussfaktor sein, da die Truppengehälter im Zuge von allgemeinen Lohnerhöhungen ansteigen.

In manchen dieser sechs Länder sind aktuelle Konflikte ein Motor für Militärausgaben. In Indien kommt neben dem andauernden Konflikt mit Pakistan und Kaschmir die sich ausbreitende Naxaliten-Rebellion hinzu. In der Türkei trägt im Gegensatz dazu die abnehmende



Intensität des Konflikts mit der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zu sinkenden Militärausgaben bei.

Auch regionale Auseinandersetzungen und Rivalitäten schaffen das Bestreben, nicht hinter andere Staaten zurückzufallen, selbst wenn die Beziehungen zu anderen Ländern gegenwärtig friedlich sind. Für China bedeutet die übermächtige Präsenz des US-Militärs Anlass zu Sorge, vor allem im Zusammenhang mit einem möglichen Konflikt um Taiwan. Indien hingegen ist über Chinas wachsende militärische Stärke aufgrund von Grenzstreitigkeiten und Rivalitäten um den Einfluss im Indischen Ozean besorgt. Gleichzeitig sieht Russland die sich ausdehnende NATO als eine potentielle, wenn nicht akute Bedrohung. Doch auch bei Abwesenheit von regionalen Rivalitäten kann der Status eine Militärmacht zu sein motivierend wirken, um militärisch aufzurüsten, so im Fall Brasiliens, Südafrikas und zunehmend auch der Türkei.

Hohe Militärausgaben werden mit Blick auf dringlichere soziale Bedürfnisse kontrovers eingeschätzt. In Brasilien hat dieses Spannungsverhältnis kürzlich zu Veränderungen von Prioritäten im Haushalt geführt, die die Militärausgaben betreffen. In Südafrika wurde vor Kurzem ein Rüstungsbeschaffungspaket für schwere Waffen heftig kritisiert, weil Gelder für Armutsbekämpfung und Entwicklung dafür umgelenkt wurden und weil zudem Korruption im Spiel war. In Indien hingegen steht der Kritik der Zivilgesellschaft an Militärausgaben die starke öffentliche Besorgnis über die Situation in Pakistan entgegen.

Die 10 Staaten mit den höchsten Militärausgaben 2010

Rang	Land	Ausgaben (Mrd. \$)	Weltanteil (%)
1	USA	698	43
2	China	[119]	[7,3]
3	Ver. Königreich	59,6	3,7
4	Frankreich	59,3	3,6
5	Russland	[58,7]	[3,6]
6	Japan	54,5	3,3
7	Saudi-Arabien	45,2	2,8
8	Deutschland	[45,2]	[2,8]
9	Indien	41,3	2,5
10	Italien	[37,0]	[2,3]
Welt gesamt		1.630	

[] = SIPRI-Schätzung. Die Ausgaben sind in US-Dollar zum Tageskurs (2010) angegeben.

75 Prozent der weltweiten Militärausgaben entfielen auf die zehn Staaten mit den höchsten Militärausgaben. Die Ausgaben der USA machten allein 43 Prozent aus und liegen damit weit vor China, das sich auf dem zweiten Platz befindet.

Der Anteil am BIP, der für Militärausgaben aufgewendet wurde (die Militärlast), variiert erheblich, von nur 1,0 Prozent in Japan bis 10,4 Prozent in Saudi-Arabien. Aber nur drei der zehn Staaten mit den höchsten Militärausgaben – Russland, Saudi-Arabien und die USA – haben Militärlasten über dem weltweiten Durchschnitt von 2,6 Prozent.

Diese Zahlen und Daten stammen aus dem Anhang 4A, „Military expenditure data, 2001–10“, von Sam Perlo-Freeman, Olawale Ismail, Noel Kelly, Elisabeth Sköns und Carina Solmirano und stützen sich auf die SIPRI Military Expenditure Database, <<http://www.sipri.org/databases/milex>>.



5. RÜSTUNGSPRODUKTION

SUSAN T. JACKSON

DIE SIPRI TOP 100 FÜR 2009

Die SIPRI Top 100 ist eine Rangliste der größten Waffenproduzenten der Welt (chinesische ausgenommen), gemessen am Volumen ihrer Waffenverkäufe.

Die 10 größten Waffenproduzenten der Welt 2009

Unternehmen	Waffenverkäufe (Mio. \$)	Gewinn (Mio. \$)
1 Lockheed Martin	33.430	3.024
2 BAE Systems	33.250	-70
3 Boeing	32.300	1.312
4 Northrop Grumman	27.000	1.686
5 General Dynamics	25.590	2.394
6 Raytheon	23.080	1.976
7 EADS	15.930	-1.060
8 Finmeccanica	13.280	997
9 L-3 Communications	13.010	901
10 United Technologies	11.110	4.179

Die aufgeführten Gewinne beziehen sich auf die gesamten Unternehmensaktivitäten, nicht-militärische Verkäufe eingeschlossen.

Insgesamt befinden sich die Waffenverkäufe der Unternehmen in der TOP 100 auch im Jahr 2009 auf einem hohen Niveau. Die gesamten Waffenverkäufe der SIPRI Top 100 verzeichneten einen Anstieg um 14,8 Milliarden US-Dollar auf insgesamt 400,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2009.

2009 ist zum ersten Mal ein Unternehmen aus Kuwait – das Militärdienstleistungsunternehmen Agility – in den Top 100 (auf Rang 34). Trotz fortlaufender Investitionen in die russische Rüstungsindustrie durch die Regierung sanken die Waffenverkäufe von einigen der größten russischen Produzenten.

Trotz der Finanzkrise 2008 und der anschließenden weltweiten Wirtschaftszession setzten Waffenproduzenten und militärische Dienstleistungsunternehmen ihren Aufwärtstrend bei Rüstungsverkäufen fort. Gleichzeitig gab es 2010 in der Rüstungsindustrie wieder große Übernahmen. Die Übernahmeaktivitäten stiegen allgemein und schlossen auch Übernahmen von Nicht-OECD-Ländern auf die OECD-Rüstungsmärkte ein. Die von Westeuropa und den USA im Jahr 2010 angekündigten Kürzungen bei den Militärausgaben werden zukünftig wahrscheinlich Auswirkungen auf die Waffenproduzenten haben. In welchem Umfang sich dies äußern wird, bleibt abzuwarten.

Auch Firmen außerhalb Nordamerikas und Westeuropas – die Regionen, die in der SIPRI Top 100 Liste der weltweiten Rüstungsunternehmen dominieren – zeigten Widerstandsfähigkeit angesichts der Rezession.

Als kleinere OECD-Länder außerhalb des euro-atlantischen Raums mit Waffenproduzenten in der SIPRI Top 100 Liste für 2009 zeigen Israel, Südkorea und die Türkei beispielhaft, wie kleinere Länder im Ringen um eine global wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie agieren. In jedem dieser Länder waren die zugrunde liegende technologische und industrielle Infrastruktur ausschlaggebend dafür, wann und in welchem Umfang technologische Entwicklungen in die heimische Rüstungsproduktion integriert wurden und ob die Integration zu einer



einheimischen technologischen Kompetenz führte.

Ein weiterer zentraler Faktor für die Entwicklung einer nationalen Rüstungsindustrie ist der Zugang zu Rüstungstechnologie über Transfers. Ausgleichsinvestitionen als Bedingung für große Rüstungsaufträge, die im Gegenzug getätigt werden, können zu technischen Transfers führen, obwohl die USA die Rückexporte von US-Technologien beschränken. Dagegen erlauben inländisch finanzierte Militärforschung und -entwicklung nationale Kontrolle über die entstehenden Technologien.

Nationale oder regionale Anteile an Rüstungsverkäufen der SIPRI Top 100 für 2009

Region/ Land	Anzahl der Unternehmen	Waffenverkäufe (Mrd. \$)
USA	45	247,2
Westeuropa	33	120,3
Russland	6	9,2
Japan	4	6,5
Israel	3	6,3
Indien	3	4,5
Südkorea	2	1,9
Kuwait	1	2,5
Singapur	1	1,5
Kanada	1	0,7
Türkei	1	0,6
Gesamt	100	400,7

Die Angaben beziehen sich auf die Waffenverkäufe der 100 größten Unternehmen mit Hauptsitz in diesem Land oder dieser Region, einschließlich der in Tochterfirmen hergestellten Waffen. Sie spiegeln daher nicht den Verkauf der tatsächlichen in dem Land oder der Region produzierten Waffen wider.

ÜBERNAHMEN IN DER RÜSTUNGSINDUSTRIE 2010

Während es im Jahr 2009 keine Übernahmen von Rüstungsunternehmen mit einem Wert von über einer Milliarde US-Dollar gab, waren es im Jahr 2010 gleich drei.

Die größten Übernahmen in der Rüstungsindustrie innerhalb der OECD 2010

Käufer- unternehmen	Erworbenes Unternehmen	Wert der Transaktion (Mio. \$)
Babcock	VT Group	2.000
Cerberus Capital	DynCorp	1.500
Triumph Group	Vought Aircraft	1.440

Diese Fakten und Daten stammen aus dem Anhang 5A, „The SIPRI Top 100 arms-producing companies, 2009“, von Susan T. Jackson und aus dem Anhang 5B, „Major arms industry acquisitions, 2010“, von Vincent Boulanin.

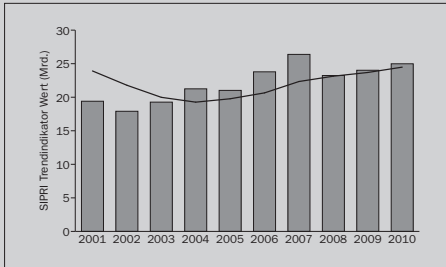


6. INTERNATIONALE RÜSTUNGSTRANSFERS

PAUL HOLTOM, MARK BROMLEY, PIETER D. WEZEMAN UND
SIEMON T. WEZEMAN

DIE EXPORTEURE UND IMPORTEURE VON SCHWEREN KONVENTIONELLEN WAFFEN

Entwicklung des Handels mit schweren konventionellen Waffen 2001–2010



Balkendiagramm: jährliche Gesamtsumme;
Liniendiagramm: Veränderungen im Fünfjahres-
durchschnitt (angezeigt im letzten Jahr jeder Fünf-
jahresperiode).

Die fünfgrößten Exporteure von schweren konventionellen Waffen 2006–2010

Exporteur	Anteil am Weltweiten Waffen- export (%)	Hauptimporteure (Anteil an den Gesamtlieferungen des Exporteurs)
USA	30	Südkorea (14%) Australien (9%) VAE (8%)
Russland	23	Indien (33%) China (23%) Algerien (13%)
Deutschland	11	Griechenland (15%) Südafrika (11%) Türkei (10%)
Frankreich	7	Singapur (23%) VAE (16%) Griechenland (12%)
Vereinigtes Königreich	4	USA (23%) Saudi-Arabien (19%) Indien (10%)

Der Umfang internationaler Transfers von schweren konventionellen Waffen lag für die Jahre 2006 bis 2010 um 24 Prozent höher als in den Jahren von 2001 bis 2005. Somit setzt sich der Aufwärtstrend fort.

Die Vereinigten Staaten und Russland waren mit 53 Prozent des gesamten Exportvolumens im Zeitraum von 2006 bis 2010 die größten Exporteure von schweren konventionellen Waffen. Ihre Hauptempfängerländer lagen in Asien. Überlegungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik spielten auch weiterhin eine zentrale Rolle bei ihren jeweiligen Entscheidungen über Rüstungsexporte. Die US-Regierung macht weiterhin Reformvorschläge für Exportkontrollen, um zu verhindern, dass Waffen und Technologien ihre Widersacher erreichen und um Transfers an Verbündete zu erleichtern. Russlands im Jahr 2010 getroffene Entscheidung, die Lieferung von S-300 Luftabwehrsystemen an den Iran zu stoppen, ist von entscheidender Bedeutung für seinen Ruf als „zuverlässiger“ Exporteur.

Die Hauptempfängerregionen für den Zeitraum von 2006 bis 2010 waren Asien und Ozeanien (mit einem Anteil von 43 Prozent an den Importen von schweren konventionellen Waffen), gefolgt von Europa (21 Prozent) und dem Nahen Osten (17 Prozent). Indien war der Hauptempfänger von schweren konventionellen Waffen im Zeitraum 2006 bis 2010 und drängte China damit auf den zweiten Platz. Die anderen Hauptempfänger waren Südkorea (6 Prozent),

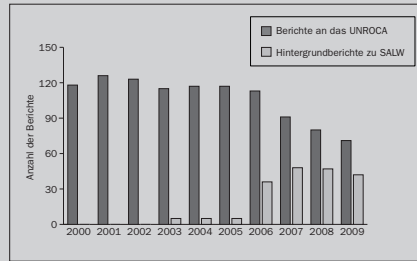


Pakistan (5 Prozent) und Griechenland (4 Prozent).

Obwohl sowohl Indien als auch Pakistan große Mengen an Waffen importiert haben, um äußeren Sicherheitsbedrohungen entgegenwirken zu können, sind nationale Herausforderungen für die Sicherheit das dringlichste Thema für Pakistan und zudem Grund zur ernststen Sorge in Indien. Indien ist das Ziel eines intensiven Zuliefererwettbewerbs, vor allem für Kampfflugzeuge und U-Boote im Milliarden Dollar-Bereich. Pakistan verlässt sich bei den meisten seiner Anschaffungen auf die Hilfe des US-Militärs und auf zinsgünstige Kredite von China. Beide Länder bleiben wahrscheinlich in den kommenden Jahren die Hauptimporteure.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen bei Entscheidungen über Ausfuhrlizenzverträge Kriterien zur Konfliktprävention anlegen. Es wurde für EU-Mitgliedsstaaten ein Rahmenwerk ausgearbeitet, um die Auslegung dieser Kriterien und solcher, die Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung betreffen, anzugleichen. Dennoch waren im Zeitraum von 2006 bis 2010 die tiefen Meinungsunterschiede der EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Interpretationen der Kriterien zur Konfliktprävention bei den Fällen Israel, Georgien und Russland offensichtlich. Differenzen zwischen den EU-Mitgliedern hängen zum Großteil mit langjährigen Verbindungen im Waffenhandel und Sicherheitsfragen mit bestimmten Staaten zusammen, aber auch mit nationaler Sicherheit und ökonomischen Interessen im Allgemeinen.

Berichte an das UNROCA 2000–2009



TRANSPARENZ BEI RÜSTUNGSTRANSFERS

Um die Rüstungsexport- und Rüstungsimportpolitik von Staaten zu bewerten, sind amtliche und öffentlich zugängliche Daten zu Rüstungstransfers wichtig. Diese sind aber ein sensibles Thema für fast alle Staaten.

Das Register der Vereinten Nationen für konventionelle Waffen (UNROCA) ist der zentrale internationale Mechanismus für öffentliche Transparenz bei Rüstungstransfers. Der jüngste Abwärtstrend in der Beteiligung der Staaten an UNROCA setzte sich 2010 fort. Lediglich 72 Staaten hatten im Jahr 2009 Berichte über ihre Rüstungstransfers eingereicht. Diese beinhalteten auch 43 eingereichte Informationsberichte über den Handel mit Klein- und Leichtwaffen (SALW).

Seit den frühen 1990er Jahren hat eine steigende Anzahl von Regierungen nationale Berichte zu Rüstungsexporten veröffentlicht. Bis Januar 2011 hatten 34 Staaten mindestens einen nationalen Bericht zu ihren Rüstungsexporten seit 1990 veröffentlicht. 30 Staaten haben dies seit 2008 getan.

Diese Daten und Fakten stammen aus dem Kapitel 6, Anhang 6A, des SIPRI Arms Transfers Programme und aus dem Anhang 6C, von Mark Bromley und Paul Holtom und stützen sich zum Teil auf die SIPRI Arms Transfers Database.



7. ATOMSTREITKRÄFTE WELTWEIT

SHANNON N. KILE, VITALY FEDCHENKO, BHARATH GOPALASWAMY UND
HANS M. KRISTENSEN

ATOMSTREITKRÄFTE DER WELT 2011

Staat	Stationierte Sprengköpfe	Andere Sprengköpfe	Gesamt
USA	2.150	6.350	8.500
Russland	2.427	8.570	11.000
Ver. Königreich	160	65	225
Frankreich	290	10	300
China	..	200	240
Indien	..	80–100	80–100
Pakistan	..	90–110	90–110
Israel	..	80	80
Gesamt	5.027	15.500	20.530

Alle Angaben sind Schätzwerte vom Januar 2011.

WELTWEITE BESTÄNDE SPALTBAREN MATERIALS 2010

Nach dem Stand von 2010 betragen die weltweiten Bestände von hochangereichertem Uran insgesamt circa 1.270 Tonnen (abzüglich 208 Tonnen, die zu natürlichem Uran zurückverarbeitet werden sollen). Die weltweiten militärischen Bestände von abgeschiedenem Plutonium machen ungefähr 237 Tonnen aus, die Zivilbestände 248 Tonnen.

China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA haben sowohl hochangereichertes Uran als auch Plutonium produziert. Indien, Israel und Nordkorea haben hauptsächlich Plutonium produziert und Pakistan hauptsächlich hochangereichertes Uran für Waffen.

Diese Fakten und Daten stammen aus dem Kapitel 7 und Anhang 7A, „Global stocks and production of fissile materials, 2010“, von Alexander Glaser und Zia Mian vom International Panel on Fissile Materials.

Im Januar 2011 besaßen acht Staaten – die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan und Israel – gemeinsam mehr als 20.500 Atomwaffen. Diese Zahl beinhaltet einsatzbereite Waffen, Reserven in aktiver und inaktiver Lagerung sowie intakte Waffen, die zur Demontage bestimmt sind. Von dieser Gesamtzahl sind 5.000 Atomwaffen stationiert und einsatzbereit, davon werden fast 2.000 in erhöhter Alarmbereitschaft einsatzbereit gehalten.

Die fünf im Atomwaffensperrvertrag von 1968 rechtlich anerkannten Atomwaffenstaaten – China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA – sind entweder dabei, neue Nuklearwaffensysteme zu stationieren oder haben angekündigt, dies zu tun. Keiner von ihnen scheint bereit zu sein, seine atomaren Waffenarsenale in absehbarer Zukunft aufzugeben.

Indien und Pakistan, die gemeinsam mit Israel de facto Atomwaffenstaaten außerhalb des Atomwaffensperrvertrags sind, führen die Entwicklung neuer tragfähiger Raketensysteme für Nuklearwaffen fort. Sie weiten außerdem ihre Kapazitäten zur Produktion von spaltbarem Material aus. Israel scheint mit Weiterentwicklungen abzuwarten, je nachdem wie sich die Situation des iranischen Atomprogramms gestaltet.

Von Nordkorea wird angenommen, dass es eine kleine Anzahl atomarer Sprengköpfe bauen kann. Jedoch ist unbekannt, ob es über einsatzfähige Atomwaffen verfügt.



8. ATOMARE RÜSTUNGSKONTROLLE UND NICHTVERBREITUNG

SHANNON N. KILE

Im Jahr 2010 wurden Fortschritte in den bilateralen und multilateralen Initiativen zur atomaren Abrüstung und Nichtverbreitung erzielt. Am 8. April 2010 unterzeichneten Russland und die USA den Vertrag über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Angriffswaffen (Neuer START-Vertrag), in dem eine weitere Reduzierung stationierter strategischer Atomstreitkräfte festgelegt wird. Der Vertrag behält die Hauptpunkte des umfassenden Kontrollsystems aus dem bereits ausgelaufenen START-Abkommen von 1991. Dieses Kontrollsystem beschrieb die Mittel mit denen Russland und die USA die strategischen atomaren Streitkräfte des jeweils anderen überwachten. Durch das Inkrafttreten des Neuen START-Vertrages am 5. Februar 2011 scheint es nur noch wenige zeitnahe Aussichten für Verhandlungen über tiefere Reduzierungen russisch-amerikanischer Atomstreitkräfte zu geben.

Im Mai 2010 wurde die achte Überprüfungskonferenz zum Atomwaffen-sperrevertrag, die alle fünf Jahre stattfindet, von vielen Seiten als Erfolg gefeiert, da die teilnehmenden Staaten ein gemeinsames Schlussdokument im Konsens annahmen. Das Dokument enthielt Empfehlungen, um die Prinzipien und Ziele des Vertrages voranzubringen sowie Schritte, um eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone in Nahost zu schaffen. Dennoch deckten die Diskussionen während der Konferenz

weiterhin bestehende Unstimmigkeiten zwischen den Regierungsparteien – vor allem zwischen den Nuklearwaffenbesitzern und -nichtbesitzern – über die grundlegenden Bestrebungen und Ziele des Atomwaffensperrevertrags auf.

Ebenfalls im Jahr 2010 fand in den USA ein Gipfel zur atomaren Sicherheit statt, auf dem die Staats- und Regierungschefs zusammenkamen, um zu beraten, wie sich die Risiken von Nuklear-Terrorismus mindern ließen und die Sicherheit nuklearer Materialien und Einrichtungen erhöht werden könne. Das Treffen führte zwar zu keinen neuen gemeinsamen Initiativen, mehrere Teilnehmerländer kündigten aber Schritte an, einigen existierenden Konventionen, Abkommen und Maßnahmen zur Verbesserung der atomaren Sicherheit und zur Bekämpfung des illegalen Handels mit nuklearen Materialien beizutreten oder diese umzusetzen.

2010 wurde wenig Fortschritt darin erzielt, die seit langem fortlaufenden und im internationalen Fokus stehenden Kontroversen über die Atomprogramme von Iran und Nordkorea zu klären. Diese Kontroversen wurden verstärkt als Nordkorea offenlegte, dass es eine zuvor nicht deklarierte Anlage zur Urananreicherung gebaut hatte. Im Iran ist die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) auch weiterhin nicht in der Lage, die Fragen über nukleare Aktivitäten mit möglicherweise militärischen Dimensionen zu klären.



9. VERRINGERUNG DER SICHERHEITSBEDROHUNGEN DURCH CHEMISCHE UND BIOLOGISCHE WAFFEN

JOHN HART UND PETER CLEVESTIG

Auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene führten die Staaten 2010 die Entwicklung von Strategien zur Prävention und Beseitigung der Auswirkungen eines möglichen Missbrauchs chemischer und biologischer Stoffe fort.

Die Vertragsparteien des Biowaffenübereinkommens (BTWC) von 1972 hielten das letzte Treffen des inter-sessionalen Programms für 2007-2010 ab und bereiteten sich auf die siebte Konferenz der Vertragsstaaten im Dezember 2011 vor. Wissenschaftliche und technologische Entwicklungen, wie z.B. die zunehmende Überschneidung zwischen Chemie und Biologie, sind große Herausforderungen für das BTWC, die in den nächsten Jahren von höchster Bedeutung sein werden.

Der neue Generaldirektor der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) gründete einen beratenden Ausschuss für die Überprüfung der Implementierung des Chemiewaffenübereinkommens (CWC) von 1993. Ein Hauptaugenmerk liegt auf der Frage, wie die Aktivitäten des CWC strukturiert werden sollen, wenn die Vernichtung der Chemiewaffenvorräte irgendwann nach 2012 abgeschlossen ist. Der Iran und Russland bezweifelten, dass Großbritannien und die USA sich bei der Deklaration und bei der OPCW-geprüften Vernichtung chemischer Kriegsmunition, die im Irak 2003 sichergestellt wurde, vollständig an die Bestimmungen des CWC gehalten hätten.

Die Vertragsstaaten des CWC müssen ein klareres Verständnis davon erreichen, welche Rolle das Übereinkommen für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit haben wird, sobald die Chemiewaffenvorräte tatsächlich vernichtet sein werden. Festzulegen, was eine Nichteinhaltung von Verpflichtungen aus dem Übereinkommen darstellt, ist eine wiederkehrende Thematik, welche die Staaten weiterhin aktiv und konstruktiv angehen müssen.

Während des BTWC-Expertentreffens beschrieb das Büro für Abrüstungsfragen der UN Entwicklungen beim Verfahren des Generalsekretärs zur Untersuchung von Anschuldigungen bezüglich des Gebrauchs biologischer Waffen: 41 Länder nominierten insgesamt 237 Experten und 42 dazugehörige Labore, wie von einer Resolution der UN-Generalversammlung 2006 empfohlen.

Im Mai 2010 kamen Berichte über massive Schäden an Anbaupflanzen heraus, welche durch einen ungewöhnlichen Mehltau an den Blättern verursacht wurden, der Mohnblumen in Afghanistan befel. Dies führte zu einem Ernterückgang von geschätzten 48 Prozent im Vergleich zu 2009. Es gab Spekulationen darüber, dass der Mehltau absichtlich induziert wurde. Solche Beschuldigungen verdeutlichten die Schwierigkeiten bei der Unterscheidung zwischen technischen Verstößen gegen das internationale Recht und einem politisierten Rechtsstreit.



10. KONVENTIONELLE RÜSTUNGSKONTROLLE UND MILITÄRISCHE VERTRAUENSBLDUNG

ZDZISLAW LACHOWSKI

Das erneute Interesse an der Kontrolle konventioneller Waffen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (CSBMs), sowie die Diskussion darüber, dauerten auch 2010 an. Der europäische Rüstungskontrolldialog erzielte Fortschritte in zwei Gebieten: dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) von 1990 und dem Wiener Dokument über CSBMs, die beide 1999 zum letzten Mal bearbeitet und angepasst wurden. Dieser „Neustart“, also die wiederbelebten Bemühungen beide Vertragswerke zu erneuern, beinhaltet auch zahlreiche Vorschläge zur konventionellen Rüstungskontrolle und zu vertrauensbildenden Maßnahmen, die Teil des Gesamtkonzepts der zukünftigen Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf diesem Gebiet darstellen. Dies wird weit über 2010 hinaus bestehen.

Obwohl der KSE-Vertrag wegen Russlands Zweifeln hinsichtlich seiner Ausgewogenheit und Zweckdienlichkeit im Schwebestand verblieb, suchten die Vertragsparteien Möglichkeiten, um den völligen Stillstand aufzubrechen. Der NATO-Vorschlag vom Juni 2010, einen neuen Rahmen zur Stärkung der konventionellen Rüstungskontrolle und Transparenz in Europa zu entwickeln, ebnete den Weg für einen konstruktiven Dialog, da sich Russland in seinen Sicherheitsinteressen ernstgenommen fühlte.

Die Methode der stufenweisen Herangehensweise an das Wiener

Dokument über CSBMs erscheint durchführbar, und CSBMs gewinnen ihren Wert im Militär- und Sicherheitsdialog wieder zurück. Die Erfahrung der letzten Jahre zwang die OSZE-Staaten dieses sinnvolle Instrument der Offenheit, Transparenz und Beruhigung zu überarbeiten, um den bereits bestehenden und neu aufkommenden Risiken und Herausforderungen begegnen zu können. Die zweite Überprüfungs-konferenz des Vertrags über den Offenen Himmel (Treaty on Open Skies) bekräftigte nochmals dessen Bedeutung als ein vertrauensbildendes Instrument.

Dennoch ist Rüstungskontrolle in Europa kein „Selbstläufer“. Vieles hängt von den strategischen Interessen der Hauptakteure des euro-atlantischen Raums ab. Das kraftlose Ergebnis des OSZE-Gipfeltreffens in Astana, Kasachstan, minderte den Impuls, ambitionierte Ziele auf diesem Gebiet zu erreichen.

Weltweit sind nun viele Staaten an einem Waffenhandelsabkommen (ATT) interessiert, obwohl es weniger deutlich ist, wie man sich auf den Text eines solchen Abkommens einigen soll. Die Staaten waren bislang nicht in der Lage zu einem Konsens über den Geltungsbereich und weitere zentrale Inhalte eines solchen Vertrages zu gelangen. Diese Parameter betreffen die Art der Waffen, die er umfassen soll; die Standards, welche bei Entscheidungen zu Waffenimporten und -exporten angewendet werden sollen; und die Frage, wie Informationen geteilt, kontrolliert und verifiziert werden sollen.



11. KONTROLLE DES HANDELS MIT DUAL-USE GÜTERN: BEKÄMPFUNG DER VERBREITUNG VON MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN

SIBYLLE BAUER, AARON DUNNE UND IVANA MIČIĆ

MULTILATERALE WAFFENEMBARGOS 2010

2010 waren 29 bindende multilaterale Waffenembargos in Kraft, die sich gegen insgesamt 16 Akteure (Regierungen, nichtstaatliche Gruppen und ein transnationales Netzwerk) richteten. Die Vereinten Nationen verhängten zwölf dieser Embargos, die Europäische Union (EU) 16 und die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) eines.

Im Jahr 2010 hat der UN-Sicherheitsrat kein neues Waffenembargo verhängt, jedoch hat er sein Waffenembargo gegen den Iran ausgeweitet. Ein Embargo, nämlich das gegen Sierra Leone, wurde aufgehoben.

Zehn der 16 EU-Embargos sind direkte Umsetzungen von UN-Waffenembargos. Darüber hinaus unterschieden sich zwei EU-Waffenembargos von UN-Embargos in Umfang und Reichweite, vier hatten kein UN-Pendant. 2010 hat die EU ein neues Waffenembargo ausgesprochen und damit das UN-Embargo gegen Eritrea vom Dezember 2009 umgesetzt. Das Embargo gegen Sierra Leone, das auch eine Umsetzung eines UN-Embargos war, hat die EU aufgehoben. Das Embargo von ECOWAS war das einzige andere Embargo, das von einer multilateralen Organisation 2010 verhängt wurde.

Erhebliche Verletzungen der UN-Waffenembargos wurden 2010 in der Elfenbeinküste, dem Iran, Nordkorea und Somalia festgestellt.

Die internationale Debatte und damit verbundene Aktivitäten gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Proliferation) verschoben sich vom traditionellen Fokus auf Exporte zu einer umfassenderen Betrachtung auch von Begleitaktivitäten, d.h. die Kontrolle von Durchfuhren (Transits), Umladungen (Transshipment), Finanzierung und Vermittlungsgeschäften. Dies geschieht in Reaktion auf neue Trends bei den beobachteten Beschaffungsmethoden für Massenvernichtungswaffen (MVW). Um zu verhindern, dass Massenvernichtungswaffen in den Besitz von staatlichen, aber auch nicht-staatlichen Akteuren gelangen, müssen neue rechtliche Konzepte und Kontrollinstrumente entwickelt werden.

Folglich haben Staaten auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene ihre Bemühungen zum Aufbau von Kapazitäten und technischer Unterstützung verstärkt, um damit ihren Verpflichtungen zur Umsetzung von entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und weiterer internationaler Vereinbarungen nachzukommen. Dies betrifft insbesondere die Sicherheitsratsresolution 1540, die alle Staaten verbindlich dazu verpflichtet, nationale Kontrollen einzuführen, um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen zu verhindern. Die VN führten dazu 2010 eine Reihe von regionalen und sub-regionalen Seminaren durch, um ein



Problembewusstsein zu schaffen und die Umsetzung der besagten Resolution zu unterstützen.

Die EU reagierte auf die Anforderungen der Resolution 1540, indem sie die bestehende Verordnung für Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-Use) überarbeitete und 2009 die bereits bestehenden Kontrollen von Ausfuhren um Kontrollen für Durchfuhren und Vermittlungstätigkeiten erweiterte. Im Jahr 2010 begann die EU ihre Kooperationsprogramme im Bereich Nichtverbreitung in geografischer und thematischer Hinsicht auszudehnen.

Ergänzend zu diesen intensivierten internationalen Kooperationsbemühungen wurden auf internationaler Ebene die Sanktionsmechanismen verfeinert und ausgeweitet, die sich gegen diejenigen staatlichen und nicht-staatlichen Akteure richten, die als Gefährdung für die internationale Sicherheit gesehen werden. Dies sind unter anderem Sanktionsmaßnahmen der VN im Bereich der Proliferationsfinanzierung sowie zur Unterbindung der Lieferung von proliferationsrelevanten Gütern an sanktionierte Endempfänger. Auf dem Gebiet der Proliferationsfinanzierung hat sich die Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ (FATF) als ein Forum zur näheren Erforschung des Themas sowie der Entwicklung von möglichen Gegenmaßnahmen etabliert.

Multilaterale Waffenembargos, die im Jahr 2010 in Kraft waren

Waffenembargos der Vereinten Nationen

Al-Qaida, die Taliban und mit ihnen verbundene Individuen und Instanzen
Demokratische Republik Kongo (NSA)
Elfenbeinküste
Eritrea
Irak (NSA)
Iran
Libanon (NSA)
Liberia (NSA)
Nordkorea
Sierra Leone (NSA)
Somalia
Sudan (Darfur)

Waffenembargos der Europäischen Union

Al-Qaida, die Taliban und mit ihnen verbundene Individuen und Instanzen*
China
Demokratische Republik Kongo (NSA)*
Elfenbeinküste*
Eritrea*
Guinea
Irak (NSA)*
Iran
Libanon (NSA)*
Liberia (NSA)*
Myanmar
Nordkorea*
Sierra Leone (NSA)*
Simbabwe
Somalia (NSA)*
Sudan

Waffenembargos der ECOWAS

Guinea

NSA = Nichtstaatliche Akteure

* = Diese 10 EU-Embargos sind Durchführungen von UN-Embargos. Die anderen EU-Embargos unterscheiden sich entweder von äquivalenten UN-Embargos oder haben kein UN-Pendant.

Diese Fakten und Daten stammen aus dem Anhang 11A, „Multilateral arms embargoes, 2010“, von Pieter D. Wezeman und Noel Kelly.



ANHÄNGE: RÜSTUNGSKONTROLL- UND ABRÜSTUNGSVERTRÄGE, INTERNATIONALE SICHERHEITSORGANISATIONEN, CHRONOLOGIE

NENNE BODELL

Anhang A „Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen“ beinhaltet Zusammenfassungen multi- und bilateraler Verträge, Konventionen, Protokolle und Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie Listen der Unterzeichner- und Vertragsstaaten.

Anhang B „Internationale Sicherheitsorganisationen“ beschreibt die größten internationalen und zwischenstaatlichen Organisationen, Vertragsorgane und Exportkontrollregime, deren Ziele die Förderung von Sicherheit, Stabilität, Frieden oder Rüstungskontrolle umfassen sowie Listen ihrer Mitglieder oder Teilnehmer.

Anhang C „Chronologie 2010“ führt bedeutende Ereignisse in Bezug auf Rüstung, Abrüstung und internationale Sicherheit im Jahr 2010 auf.

Rüstungskontroll- und Abrüstungs- verträge, die am 1. Januar 2010 in Kraft waren

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Genfer Protokoll 1925)
- 1948 Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Völkermord Konvention)
- 1949 Genfer Konvention (IV) zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
- 1959 Antarktis-Vertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der

Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Partieller Teststoppvertrag, PTBT)

- 1967 Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraumvertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen/
Atomwaffensperrvertrag
(Nichtverbreitungsvertrag, NPT)
- 1971 Vertrag zum Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund (Meeresboden-Vertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (Bio- und Toxinwaffen-Übereinkommen, BTWC)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (Testschwellenvertrag, TTBT)
- 1976 Vertrag über unterirdische Kernexplosion zu friedlichen Zwecken (PNET)
- 1977 Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung



- umweltverändernder Technologien (Enmod-Konvention)
- 1977 Zusatzprotokolle I und II zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Opfer internationaler und nicht-internationaler bewaffneter Konflikte
- 1980 Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW Übereinkommen oder Konvention über „unmenschliche Waffen“)
- 1985 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (Treaty on Open Skies)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (C-Waffen-Konvention, CWC)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasiens (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Florenz Abkommen)
- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von und den Handel mit Schusswaffen, Munition, Sprengstoff und ähnlichem Material
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (Anti-Landminen-Konvention, Ottawa-Konvention)
- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 1999 Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2006 ECOWAS Übereinkommen über Kleinwaffen, leichte Waffen, ihre Munition und ähnliches Material
- 2006 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone in Zentralasien (Vertrag von Semipalatinsk)
- 2008 Übereinkommen über Streumunition (CCM)
- 2010 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (Neuer START-Vertrag, Prager Vertrag)
- Verträge, die am 1. Januar 2011 nicht in Kraft waren**
- 1996 Umfassender Teststoppvertrag (CTBT)
- 1999 Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags
- 2010 Zentralafrikanisches Übereinkommen zur Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen, deren Munition und aller Teile und Komponenten, die zur Herstellung, Instandsetzung und Montage dieser Waffen verwendet werden können (Kinshasa Übereinkommen)



SIPRI'S FORSCHUNG

SIPRI hat eine breite und sich ständig weiterentwickelnde Forschungsagenda, die durchgängig aktuell und stark nachgefragt bleibt. SIPRI wird für seine Zuverlässigkeit und Objektivität weltweit von Politik, Wissenschaft, Medien und der Öffentlichkeit anerkannt und mit Vertrauen belohnt. Alle von SIPRI durchgeführten Forschungen basieren auf öffentlich zugänglichen Quellen und ermöglichen somit eine unabhängige Überprüfung.

China und globale Sicherheit

Euro-atlantische Sicherheit

Globale Gesundheit und Sicherheit

Sicherheit und Regierungsführung in Afrika

Entwicklungen von bewaffneten Konflikten

Friedenssicherung und -konsolidierung

Militärausgaben

Die Rüstungsindustrie

Internationale Rüstungstransfers

Atomare Nichtverbreitung

Kontrolle von chemischen und biologischen Waffen

Konventionelle Rüstungskontrolle

Exportkontrolle

Klein- und Leichtwaffen



SIPRI'S DATENBANKEN

Die SIPRI-Datenbanken, welche die Grundlage für einen großen Teil der Forschung und Analysen von SIPRI bilden und eine einzigartige Quelle für Grunddaten zu Rüstung, Abrüstung und internationaler Sicherheit darstellen, sind verfügbar unter:

<http://www.sipri.org/databases/>

Fakten zu Internationalen Beziehungen und Sicherheitstrends (Facts on International Relations and Security Trends, FIRST)

Bietet ein Verbundsystem von Datenbanken zu Themen der internationalen Beziehungen und Sicherheit, die über eine einzige integrierte Benutzeroberfläche zugänglich sind.

<http://www.sipri.org/databases/first/>

SIPRI-Datenbank zu multilateralen Friedenseinsätzen (SIPRI Multilateral Peace Operations Database)

Bietet Informationen zu allen Friedenseinsätzen der UN und anderen Organisationen, die seit 2000 durchgeführt wurden. Sie enthält Daten zu Einsatzorten, Stationierungs- und Einsatzdauer, Mandat, teilnehmenden Staaten, Anzahl des entsandten Personals, Kosten und Opferzahlen.

<http://www.sipri.org/databases/pko/>

SIPRI-Datenbank zu Militärausgaben (SIPRI Military Expenditure Database)

Liefert durchgehende Zeitreihen zu den Militärausgaben von 172 Staaten seit 1988. Diese ermöglichen den Vergleich staatlicher Militärausgaben: in lokaler Währung und zu aktuellen Preisen; in US Dollar zu konstanten Preisen und Wechselkursen; und als Anteil am BIP.

<http://www.sipri.org/databases/milex/>

SIPRI-Datenbank zu Rüstungstransfers (SIPRI Arms Transfers Database)

Zeigt alle internationalen Rüstungstransfers in sieben Kategorien schwererer konventioneller Waffen seit 1950 an. Es ist die umfassendste öffentlich zugängliche Informationsquelle zu internationalen Rüstungstransfers.

<http://www.sipri.org/databases/armstransfers/>

SIPRI-Datenbank zu Waffenembargos (SIPRI Arms Embargoes Database)

Bietet Informationen zu allen multilateralen Waffenembargos, die seit 1988 verhängt wurden.

<http://www.sipri.org/databases/embargoes/>



SO BESTELLEN SIE DAS SIPRI YEARBOOK 2011

SIPRI Yearbook 2011: Armaments, Disarmament and International Security

Veröffentlicht im Juli 2011 bei Oxford University Press im Auftrag des SIPRI

ISBN 978-0-19-969552-2, gebundene Ausgabe, 564 Seiten, £100/\$185

Käufer der Buchausgabe können das Jahrbuch auch online einsehen, <<http://www.sipriyearbook.org/>>.

Das *SIPRI Yearbook 2011* kann im Buchhandel, bei den meisten Online-Buchhändlern oder direkt bei Oxford University Press bestellt werden.

Online Bestellungen: <<http://www.oup.co.uk/>>

Telefonische Bestellungen: +44 1536-741 017

Fax Bestellungen: +44 1536-454 518

E-Mail Bestellungen: book.orders@oup.co.uk

Weitere Informationen erhalten Sie unter <<http://www.sipri.org/yearbook/>>.

ÜBERSETZUNGEN

Das *SIPRI Yearbook 2011* wird in folgende Sprachen übersetzt:

- Chinesisch von China Arms Control And Disarmament Association (CACDA), Peking, <<http://www.cacda.org.cn/>>
- Russisch vom Institute of World Economy and International Relations (IMEMO), Moskau, <<http://www.imemo.ru/>>
- Ukrainisch vom Ukrainian Centre for Economic and Political Studies (UCEPS, Razumkov Centre), Kiev, <<http://www.uceps.org/>>

Bitte kontaktieren Sie diese Organisationen für weitere Informationen.

WEITERE NEUE SIPRI VERÖFFENTLICHUNGEN BEI OUP

SIPRI Yearbook 2010: Armaments, Disarmament and International Security

Governing the Bomb: Civilian Control and Democratic Accountability of Nuclear Weapons, herausgegeben von Hans Born, Bates Gill und Heiner Hänggi

Enforcing European Union Law on Exports of Dual-Use Goods, SIPRI Research Report no. 24, von Anna Wetter



INSTITUT FÜR FRIEDENSPÄDAGOGIK TÜBINGEN E.V.

Das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1976 als friedenspädagogische Fach- und Servicestelle bundesweit etabliert. Ein zentrales Anliegen seiner Arbeit ist es, Friedenserziehung durch ein Angebot fundierter Materialien, Bildungsangebote und Beratung in der Gesellschaft zu verankern und Zugänge in alltägliche Bildungszusammenhänge zu eröffnen. Dies geschieht – in enger Zusammenarbeit mit Forschung und Praxis – durch direkte Unterstützung, durch Beratung und Serviceangebote, durch die intensive Auseinandersetzung mit zentralen Themen der Friedenserziehung im Rahmen von Projektarbeit, durch die Entwicklung von Unterrichtsmedien, durch Seminarangebote sowie die eigenständige und schnelle Publikation der Ergebnisse über das Internet sowie in einem eigenen Verlag.



**Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e.V.**

Corrensstr. 12
D-72076 Tübingen, Deutschland
Telefon: +49 7071 920510
Fax: +49 7071 9205111
Email: kontakt@friedenspaedagogik.de
Internet: www.friedenspaedagogik.de

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Sie ist den Werten und Grundideen der Sozialen Demokratie verpflichtet und arbeitet mit NGO's, Think Tanks, politischen Akteuren und der Gewerkschaftsbewegung weltweit zusammen. Im Sinne der Leitbilder Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leistet die Stiftung heute in Deutschland und in über 100 Ländern Beiträge zur Entwicklung der Demokratie, der politischen Kultur, der Festigung von Frieden und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels.



Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn, Deutschland
Telefon: +49(0)228 883 0
Fax: +49(0)228 883 9207
Email: presse@fes.de
Internet: www.fes.de

**STOCKHOLM INTERNATIONAL
PEACE RESEARCH INSTITUTE**

SIPRI YEARBOOK 2011

Armaments, Disarmament and International Security

Das SIPRI Jahrbuch ist eine Zusammenstellung von Daten und Analysen in den Bereichen

- Sicherheit und Konflikte
- Militärausgaben und Rüstung
- Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung

Diese Broschüre fasst die 42. Ausgabe des SIPRI Jahrbuchs zusammen. Es beinhaltet Berichte über die Entwicklungen im Jahr 2010 in den Bereichen

- Größere bewaffnete Konflikte
- Multilaterale Friedenseinsätze
- Militärausgaben
- Rüstungsproduktion
- Internationale Rüstungstransfers
- Atomstreitmächte weltweit, Bestände spaltbaren Materials und Atomtests
- Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Verringerung der Bedrohungen durch chemische und biologische Waffen
- Konventionelle Rüstungskontrolle
- Kontrolle sicherheitsrelevanter internationaler Exporte
- Multilaterale Waffenembargos

Es enthält zudem spezielle Studien über Korruption und den Waffenhandel, Ressourcen und bewaffnete Konflikte, und den brüchigen Konsens über Friedenseinsätze.

Das SIPRI Jahrbuch enthält außerdem umfangreiche Anhänge über Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen, internationale Sicherheitsorganisationen und eine Chronologie der Ereignisse des Jahres 2010 im Bereich Sicherheit und Rüstungskontrolle.

